

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019 und das damit verbundene Interesse an unserer Politik. Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

Wahlprüfstein 1: Arbeit und Unterstützung zur Arbeit

Wie werden Sie Ihr Mandat nutzen, um den Zugang aller Bürger*innen in der Europäischen Union insbesondere psychisch erkrankter Menschen zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten?

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird gewährleistet, indem der Artikel 27 der UN- Behindertenrechtskonvention eingehalten und umgesetzt wird. Dies darf nicht mehr weiter nach hinten geschoben werden.

Um Menschen mit Einschränkungen, hier mit psychischen Problemen oder manifesten Erkrankungen, gut und dauerhaft in Beschäftigung zu bringen, bedarf es vieler, unterschiedlicher professioneller Ansätze. Wichtig ist dabei die Begleitung durch Fachpersonal (Sozialarbeiter), die Kenntnisse der klientenspezifischen Probleme haben und diese dann Arbeitgebern vermitteln können. Notwendig sind auch Ausgleichsmaßnahmen, die bei krankheitsbedingter Arbeitsunterbrechung Kosten auffangen. Hier ist dann ein Gesetzgebungsverfahren gefordert.

Mit welchen Mitteln werden Sie sich für die Umsetzung des Artikels 27 der UN-BRK und der benannten Grundsätze der Europäischen Säule einsetzen?

Indem genügend finanzielle Mittel in die Hand genommen werden, um die Grundsätze im Artikel 27 der UN-BRK umzusetzen.

Verbesserungswürdig ist zum Beispiel die Arbeitssituation in Werkstätten für behinderte Menschen, in denen 300.000 Menschen in Deutschland, meist für einen minimalen Lohn arbeiten. Auch hier muss Mindestlohn gelten! Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben diese Menschen noch immer kaum Chancen. Sie werden also aktiv diskriminiert. Dies muss sich ändern, denn solange das so ist, kann von einer Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und Beschäftigung im Sinne der UN- Behindertenrechtskonvention nicht die Rede sein.

Wahlprüfstein 2: Gesundheitsversorgung (Grundsatz 16)

Wie müssen die Gesundheitsversorgungssysteme aus Ihrer Sicht ausgestaltet sein, dass jedem Menschen mit einer psychischen Erkrankung in der Europäischen Union rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Heilbehandlung ermöglicht wird? In Hinsicht auf hochwertig und bezahlbar sind Interessenkonflikte zu erwarten. Welche Kriterien gelten, bezogen auf Hochwertigkeit und Bezahlbarkeit der Behandlungsformen, für Sie?

In der gesamten Europäischen Union wird es sicher schwierig, für Jeden individuelle Gesundheitsfürsorge für Menschen mit psychischen Einschränkungen zu etablieren.

Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei
Deutschland
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Unsere Meinung nach, muss dazu deshalb erst einmal ein gemeinsames europäische Gesundheitssystem geschaffen werden. Nach der Schaffung dieses gemeinsamen europäischen Gesundheitssystems kann über die finanzielle Ausstattung diskutiert werden. Auch hier muss Geld in die Hand genommen werden.

Wir PIRATEN fordern darüber hinaus den zielgerichteten und zeitnahen Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Die Gesundheitspolitik muss in ganz Europa so gestaltet werden, dass medizinische und psychosoziale Hilfe gewährleistet ist und eine Behandlung garantiert wird, wo diese nötig ist, und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in ganz Europa ein, die die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellt.

Wie werden Sie im Rahmen Ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten darauf hinwirken, dass ein gemeinsames Verständnis von Recovery und Selbstbestimmung/ Empowerment bestimmende Leitgedanken im gemeinsamen Behandlungsprozess psychisch erkrankter Menschen werden?

Die selbstverständliche Diskriminierungsfreiheit allen Menschen gegenüber, egal ob mit oder ohne Behinderung, muss deutlich kommuniziert werden. Dies ist nicht nur ein politischer sondern auch ein kommunikativer Prozess. Wir werden deshalb z.B. unsere digitalen Möglichkeiten im Bereich der sozialen Netzwerke nutzen und deutlich ausbauen, um unser uneingeschränktes Selbstverständnis von Recovery und Selbstbestimmung zu verbreiten.

Darüber hinaus plädieren wir auch hier für ein gemeinsames Gesundheitssystem, dann kann das gemeinsame Verständnis von Recovery und Empowerment im Leitgedanken in der Arbeit mit Menschen die unter psychischen Einschränkungen leiden, erfolgen.

Was werden Sie dazu beitragen, dass gute Praxismodelle der verzahnten Hilfen EU-weit bekannt und gefördert werden?

Unsere mediale Präsenz über das Internet wird derzeit massiv ausgebaut. Wir wollen Meinung bilden, indem wir die modernen Technologien nutzen. Dann werden wir unser Bild uneingeschränkter Menschenwürde und uneingeschränkter Diskriminierungsfreiheit für alle, sowie eine Notwendigkeit, gerade auch bei Menschen mit Behinderung über die uneingeschränkte Sicherstellung der Grundrechte zu sprechen und diese als notwendig klarzustellen, im Internet verbreiten. Darüber hinaus werden wir mit Fachleuten weiter darüber diskutieren, welche Praxismodelle eigentlich gut sind, gefördert und kommuniziert werden müssen und was darüber hinaus möglich sein sollte.

In Deutschland wird stattdessen derzeit an neuen Methoden und Prüfeinrichtungen gearbeitet, ob der Mensch eine Psychotherapie braucht

oder nicht. Psychisch Kranke sollen sich komplizierteren Prüfverfahren unterwerfen, obwohl ihnen dies aufgrund ihrer Krankheit ohnehin schwerer fällt. Es werden neue Hürden aufgebaut, das ist aber der falsche Weg.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) besteht darauf, den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung durch organisatorische Maßnahmen zu steuern anstatt die Angebotskapazitäten durch mehr Psychotherapeuten zu erhöhen. Dies machte Spahn im Petitionsausschuss des Bundestages deutlich, der in einstündiger Sitzung die Eingabe von rund 217.000 Petenten beriet, die sich mit der bisher erfolgreichsten Petition in der Geschichte Deutschlands gegen die Gesetzesvorstöße von Spahn befasst. Wir würden dafür sorgen, dass auf allen Ebenen die Stimme der Bürger gehört wird, die hier dem gesunden Menschenrechtsverständnis folgen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wahlprüfstein 3: Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Grundsatz 17)

Was werden Sie in Ihrer Funktion als politisch verantwortliche Mandatsträger*innen tun, um Menschen mit psychischer Erkrankung gesellschaftliche Inklusion im Sinne der UN-BRK zu ermöglichen?

Das von vorne herein negative Verständnis von Behinderung sollte Normalität sein. Dafür streben wir ein gemeinsames Leben aller Menschen mit oder ohne psychischer Einschränkung, an. Und genau darüber wollen wir mit Allen im europäischen Parlament Sitzenden sprechen und diskutieren.

Menschen mit psychischer Erkrankung muss der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung so einfach wie möglich gemacht werden. Dies kann nur durch eine Erhöhung des Angebots und niederschweligen Zugang geschehen. Strukturmaßnahmen, die den Zugang zu Psychotherapie und psychiatrische Gesundheitsversorgung organisieren und strukturieren wollen, lehnen wir ab.

Durch unsere digitale Kompetenz sind wir im Internet sehr gut vernetzt. Wir bieten bereits jetzt Plattformen an wie das Piraten Discourse, auf dem Menschen sich über Probleme austauschen, sich vernetzen und sogar gemeinsam Gesetzesentwürfe entwickeln können. Auf diesen Plattformen werden wir für verschiedenste Interessengruppen Bereiche schaffen, damit sie sich dort austauschen können. So lernen wir viel über die Probleme in der Inklusion und machen diese gleichzeitig transparent.

Wie wollen Sie auch auf Ebene der Europäischen Union dazu beitragen, dass die gemeindepsychiatrische Versorgung gestärkt wird, damit das Wohnen im eigenen Haushalt auch für chronisch erkrankte Menschen der Regelfall ist?

Wir brauchen ein gemeinsames europäisches Konzept. In Deutschland gibt es Wohngruppen mit Betreuung. Auch hier ist ein Netzwerk mit Therapeuten, Ärzten, Betreuern, Angehörigen und ehrenamtlich Engagierten nötig, sodass Menschen mit psychischen Erkrankungen wohnortnahe und niedrigschwellige medizinische, therapeutische und rehabilitative Hilfen erhalten und auch eine Wohnung beziehen können.

Oder persönliche Assistenz die bei bestimmten Lebensaufgaben unterstützend zur Seite steht.

Insgesamt muss es wesentlich mehr Angebot an Psychotherapeuten geben. Dies gilt für Deutschland aber noch viel stärker in der Europäischen Union. Studien zeigen, dass der volkswirtschaftliche Nutzen die Kosten einer ausgedehnten Versorgungskapazität bei weitem überwiegt. Die hier entstehenden Kosten amortisieren sich also und insgesamt ist von einer negativen Kostenbilanz auszugehen, wenn die Hilfe Unterstützung ausgedehnt wird.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wahlprüfstein 4: Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose (Grundsatz 19)

Es gibt sehr gute Beispiele, die zeigen, wie der Wohnungsmarkt reguliert werden kann (Bsp. Kommunalisierung von Wohnraum in der Stadt Wien). Was werden Sie tun, um es Menschen zu ermöglichen, an den Orten bezahlbaren Wohnraum zu finden, an denen sie leben möchten?

Der Wohnungsmarkt muss dahingehend reguliert werden, in dem der soziale Wohnungsbau in einer Kommune ein besonderes Augenmerk bekommt.

Sowie in einem Altenpflegeplan festgestellt wird, wieviele Pflegeplätze vorgehalten werden müssen oder seniorengeehrte Wohnungen. Dies kann adaptiert werden und auf Menschen mit psychischen Einschränkungen angewendet werden.

In Deutschland wie beispielsweise in Berlin gibt es Generationenhäuser, in denen nicht nur jüngere Menschen Seniorinnen und Senioren sondern auch Menschen mit Behinderung bewusst gemeinsam wohnen. Gerade weil es Versorgungsgenpässe gibt ist hier eine Chance gegeben durch Steuerung der Wohnraumvergabe in solchen Einrichtungen für Inklusion zu sorgen. Die Modelle dieser Generationenhäuser sollten deshalb ausgeweitet werden. Konkret sollten gerade in Ballungszentren solche Generationenhäuser von den Städten gebaut werden.

Mit welchen Mitteln werden Sie sich für die Umsetzung des Artikels 19 der UN-BRK einsetzen, um es Menschen mit Behinderung zu ermöglichen, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben?

Den Staaten der europäischen Union muss die Verpflichtung auferlegt werden, für die Verwirklichung dieses Rechts und die volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft wirksame und geeignete Maßnahmen zu etablieren.

Welche Maßnahmen werden zu Erhalt der Wohnung bei wiederkehrenden und längeren Klinikaufhalten ergriffen?

Solange die Mietkosten beglichen werden, darf keinem Menschen, der selbstständig wohnt und psychische Einschränkungen hat, die Wohnung gekündigt werden. Allerdings sind Mitmieter ohne Einschränkungen oft nicht mit Mietern mit psychischen Erkrankungen kompatibel. Sie machen es den Menschen mit Einschränkungen schwer, eine Mietwohnung zu halten. Lärmbelästigung ist hier ein großes Thema. Es werden zum

Beispiel, Lärmprotokolle gegen Menschen mit psychischen Einschränkungen geführt und für Zeugen gesorgt, so dass diese Vorgänge oft vor Gericht landen. Die Folge ist oft, dass der Mensch mit psychischen Einschränkungen ausziehen muss.

Hier sind entsprechende gesetzliche Ausnahmeregelungen zu schaffen. Generationenhäuser, die durch sozialen Wohnungsbau geschaffen und in öffentlicher Hand gehalten werden, sind eine weitere Lösungsmöglichkeit.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wahlprüfstein 5: Zugang zu essenziellen Dienstleistungen (Grundsatz 20)

Was werden Sie tun, dass Menschen mit psychischer Erkrankung nicht mehr ausgegrenzt werden und ihnen der Zugang zu essenziellen Dienstleistungen jederzeit möglich ist?

Die Dienstleistungen und deren Zugang muss niederschwellig sein. Also einfach und in genügender Anzahl an Institutionen vorgehalten werden. Hier das Beispiel Psychotherapie.

Wohngruppen für psychiatrisch Erkrankte sind eine sehr gute Möglichkeit. In diesen Wohngruppen können die Betroffenen engmaschig betreut und therapiert werden. Gleichzeitig ist es ein geschützter Raum für Menschen mit psychiatrischen Problemen.

Wir setzen uns dafür ein, dass es unabhängige Beschwerdestellen gibt, bei denen sich Menschen mit Behinderung melden können, wenn sie Schwierigkeiten haben, an Dienstleistungen zu kommen.

Wie werden Sie die Antistigma-Arbeit von Interessengruppen im Sinne der Betroffenen zur vollständigen Inklusion im Sinne der UN-BRK unterstützen?

Wir werden die bestehenden Maßnahmen zur Förderung und Sicherung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit psychiatrischen Einschränkungen erhalten und ausweiten.

Welche Systemanforderungen müssten aus Ihrer Sicht geschaffen werden, um die gesellschaftliche Haltung gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen dauerhaft so zu verändern, dass diese nicht weiter stigmatisiert werden?

Aufklärung und Prävention müssen gefördert werden. Selbsthilfegruppen können zum Beispiel gefördert werden, die Aufklärung zu betreiben. In Verbindung mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Installation von Beauftragten für Menschen mit Behinderung vor Ort streben wir ebenfalls an.

Wahlprüfstein 6: Europäischer Aktionsplan für psychische Gesundheit

Wie werden Sie Ihr Mandat nutzen, um zusätzliche Programme zur Weiterentwicklung psychiatrischer Versorgungsstrukturen, wie sie im Positionspapier »EU Compass for Action on Mental Health and Well-being« beschrieben werden, zu fördern?

Aufklärung und Einführung ins Thema Mental Health and Well-being, über den EU- Compass, in Arbeitsgruppen um den Austausch

anzustoßen, mit allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union.

Wie werden Sie Ihr Mandat nutzen, um den Prozess der Vernetzung europäischer Akteure im Fachbereich Psychiatrie weiter voranzutreiben und mit finanziellen Mitteln zu fördern?

Gemeinsamkeiten in Thematik und Stand der Vernetzung herausfinden und die Vernetzung aller Beteiligten voran treiben. Die finanziellen Mittel sollten aus allen europäischen Mitgliedsstaaten gemeinsam getragen werden.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Durch unsere digitale Kompetenz sind wir sehr gut vernetzt. Wir bieten bereits jetzt Plattformen an wie das Piraten Discourse, auf dem Menschen sich über Probleme austauschen, sich vernetzen und sogar gemeinsam Gesetzesentwürfe entwickeln können. Diese Plattformen sollen in Zukunft noch verstärkt angeboten werden - und dort wird es Bereiche geben, auf denen sich auch Menschen mit psychischen Erkrankungen vernetzen können, auf denen sich aber auch Ärzte und andere Akteure vernetzen können. Diese Gruppen können dann dort auch untereinander interagieren.

Wahlprüfstein 7: Psychiatrie ohne Zwang und Gewalt

Inwieweit werden Sie Ihr politisches Mandat nutzen, um die Umsetzung der UN-BRK und der Charta der Grundrechte der EU, Artikel 3, Abschnitt 2 und Artikel 4 voranzutreiben und die Rechte Betroffener auf Ebene der Europäischen Union zu stärken?

Falls eine Fraktionsstärke erreicht wird, werden wir uns mit anderen Fraktionen im Europäischen Parlament austauschen und vernetzen, um die größtmöglichen positiven Ergebnisse zu erzielen.

Werden Sie ein EU-weites Netzwerk zur Vermeidung von Gewalt in der Psychiatrie unterstützen? Inwieweit werden Sie Forschungsvorhaben für eine gewaltfreie Psychiatrie unterstützen?

Gewalt lehnen wir grundsätzlich ab. Gerade Menschen gegenüber, die sich ihres Handelns nicht bewusst sind und demnach auch die Gründe für ihnen entgegengebrachte Gewalt nicht verstehen können. Hier muss aufgeklärt, Transparenz geschaffen und im Einzelfall interveniert werden.

Alle Forschungsvorhaben im Bereich Psychiatrie werden von uns unterstützt und veröffentlicht, damit die Transparenz gewahrt ist.

Als eine Ursache von Zwangsmaßnahmen gilt die vielerorts unzureichende Personalausstattung. Wie werden Sie in Ihrer Funktion als politisch verantwortlicher Mandatsträger sicherstellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal in der Versorgung psychisch erkrankter Menschen in der Europäischen Union zur Verfügung steht und das hierfür ausreichende Finanzmittel zur angemessenen Bezahlung bereitgestellt werden?

Bei der Gesundheitsversorgung aller erkrankten Menschen, ob psychiatrisch oder somatisch, ist sicherzustellen, dass die Menschenwürde gewahrt wird. Dazu gehört ein wissenschaftlich fundierter Personalschlüssel. Die Ausbildung des Pflegepersonals in der Psychiatrie muss wissenschaftlich fundiert sein, nach den neuesten

Qualitätsstandards die aus den Hochschulen erfolgen, transparent zur Verfügung gestellt werden. Die Bezahlung des Personals muss aus den jeweiligen Ländern der europäischen Union und ihren Versicherungssystem entwickelt werden.

Wahlprüfstein 8: EU-Haushalt ab 2021 bis 2017

Was werden Sie tun, dass der Bereich der psychiatrischen Versorgung /Mental Health in den Organen der Europäischen Union eine angemessene Aufmerksamkeit findet?

PIRATENPARTEI
Deutschland

Uns mit den Fraktionen im europäischen Parlament vernetzen, um die Informationen transparent an die Öffentlichkeit weiter zu geben, um so mehr Aufmerksamkeit zu erzielen.

Inwieweit werden Sie Ihr Mandat nutzen, um die Kooperation von Verbändenetzwerken mit Ansprechpartnern aus dem Europäischen Parlament, aber auch aus anderen EU-Organen zu fördern?

Sobald festgestellt wird, dass Verbändenetzwerke bestehen, wird unser Mandat sich vernetzen, um eine adäquate Arbeit im Netzwerk und in anderen EU Organen zu erzielen.

Wahlprüfstein 9: Menschen mit Fluchterfahrung – Migration

Wie werden Sie Ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, damit alle Menschen mit Fluchthintergrund eine angemessene, barrierefreie medizinische Versorgung erhalten?

Die Standards in Deutschland, die jedem Menschen, der medizinische Versorgung benötigt, eine solche garantiert, müssen in ganz Europa etabliert werden.

Es muss unter Umständen für adäquate Dolmetscher gesorgt werden. Die Sprachbarrieren sind hier oft das größte Problem. Das Beste wäre wenn psychologische Hilfe in Anspruch genommen werden kann, wenn der Therapeut oder Arzt der jeweiligen Muttersprache mächtig ist. Hier ist ein noch großer Teil der Problematik nicht wirklich erfasst.

Mit der UN-BRK sowie den genannten Richtlinien stehen Menschen in Fluchtsituationen umfangreiche Rechte zur Verfügung, die in der Realität viel zu wenig genutzt werden können. Wie werden Sie gewährleisten, dass diese Rechte EU-weit gewahrt werden?

Es muss mehr Aufklärung erfolgen, bei den Geflüchteten, was sie in Anspruch nehmen können und was ihnen laut Gesetz zusteht. Da gibt es Differenzen zwischen den einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten. Hier muss dann als erstes ein Konsens entstehen.

Wir freuen uns, wenn Sie über die Beantwortung der Wahlprüfsteine hinaus mit uns in einen Dialog treten möchten, um die Gesamtsituation der sozial-psychiatrischen Versorgung oder einzelne Wahlprüfsteine zu besprechen. Wir laden Sie zudem ein, unsere Expertise für Ihre Nachfragen und weitergehende Informationen zu nutzen.

Das tun wir bei Gelegenheit gern. Lassen Sie uns noch ein paar Worte zu unserer allgemeinen Inklusions- und Gesundheitspolitik sagen.

Das Ziel der politischen Arbeit der PIRATEN ist eine größtmögliche Inklusion aller Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, beziehen wir die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in unser Programm mit ein. Die Gesundheitspolitik hat die Ziele, medizinische und psychosoziale Hilfe zu gewährleisten, eine Behandlung zu garantieren, wo diese nötig ist, und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in der Deutschland ein, die die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellt.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wir PIRATEN fordern darüber hinaus den zielgerichteten und zeitnahen Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen.

Zwei Ansätze sind bei einer guten Inklusion psychisch kranker Menschen wichtig:

Wir PIRATEN setzen uns ausdrücklich dafür ein, diese Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr wertzuschätzen; auch wenn sich dies manchmal recht schwierig gestaltet.

Zum Zweiten ist es dringend notwendig, die institutionellen Hilfen überhaupt erst einmal ausreichend auszubauen und zu finanzieren. Es kann nicht sein, dass die Hilfsbedürftigen oft ein halbes oder ganzes Jahr auf ausreichende therapeutische Interventionen warten müssen. Genau so ist es nicht tolerabel, dass es nicht genügend ausgebildetes Fachpersonal (Sozialarbeiter und Erzieher) gibt, die diese Gruppe qualifiziert bei allen möglichen, problematischen Gängen begleiten können. Hier ist ein dringender Handlungsbedarf.

Gern stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
- Name geschwärzt -

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

└───